

6. Mai 2006

## **Magdeburger Forderungen des 2. Gesundheitstages der Volkssolidarität für eine sozial gerechte Gesundheitsreform 2006**

Die Volkssolidarität begrüßt Bemühungen, die Finanzierungsgrundlagen und die Strukturen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu stärken und für alle Bürgerinnen und Bürger auch künftig hochwertige Gesundheitsleistungen unabhängig von ihrem sozialen Status, Geschlecht, Alter und aktuellem Gesundheitszustand zu sichern. Damit diese Zielstellung im Rahmen einer „Gesundheitsreform 2006“ erreicht wird, fordert die Volkssolidarität:

### **1. Reformen müssen den Gesundheitsinteressen der Menschen dienen**

Nicht die Strukturen an sich, sondern der Mensch und seine Gesundheit müssen Zielpunkt von Reformen sein. Deshalb sollten Gesundheitsziele bei einer Reform den Vorrang haben und dazu beitragen, gesundheitliche Prävention, eine leistungsfähige medizinische Versorgung, Rehabilitation und Pflege in einer älter werdenden Gesellschaft zu fördern. Strukturreformen müssen zu mehr Qualität in der gesundheitlichen Versorgung führen. In einem solidarischen Gesundheitssystem stellt Gesundheit mehr dar als eine betriebswirtschaftlich zu optimierende Größe.

### **2. Keine sozial bedingten Zugangsbeschränkungen für die gesundheitliche Versorgung**

Jeder soll im Bedarfsfall die Hilfe bekommen, die medizinisch und pflegerisch notwendig ist. Eine Reform des Gesundheitsbereiches muss dazu beitragen, die Ausgrenzung sozialer Gruppen aus gesundheitlicher Versorgung – Arbeitslose, Niedrigverdiener, Familien und Ältere mit geringen Einkommen – zu beenden. Deshalb fordern wir, solche Zugangsbeschränkungen zu medizinischen Leistungen wie Praxisgebühren und Zuzahlungen abzubauen und als ersten Schritt Menschen mit einem monatlichen Netto-Einkommen von weniger als 938 Euro (= Armutsriskoschwelle laut 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vom März 2005) künftig davon vollständig zu befreien.

### **3. Gesundheitsleistungen müssen für alle Bürger bezahlbar bleiben.**

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Versicherten muss weiterhin Grundlage für die Beitragsbemessung bleiben. Dieses bewährte Prinzip darf nicht durch eine weitere Privatisierung gesundheitlicher Leistungen zu Lasten der gesetzlich Versicherten untergraben werden. Neue „Sonderopfer“, die vor allem chronisch Kranke und Ältere belasten, müssen unterbleiben. Die Einführung von Gesundheitsprämien (oder individuellen Zusatzbeiträgen) lehnen wir als sozial ungerecht ab.

### **4. Die weitgehend paritätische Finanzierung der GKV soll beibehalten werden.**

Für ein solidarisch funktionierendes Gesundheitssystem sind der Beitrag und die Mitwirkung der Arbeitgeberseite unverzichtbar. Deshalb sind wir dafür, die Arbeitgeberseite auch künftig in die Verantwortung für unser Gesundheitssystem paritätisch einzubeziehen. Ein „Einfrieren“ der Arbeitgeberbeiträge lehnen wir ab, da es sämtliche Kostensteigerungen einseitig auf die gesetzlich Versicherten verlagern würde.

### **5. Finanzbasis der Gesetzlichen Krankenversicherung stabilisieren**

Wir setzen uns dafür ein, den Bundeszuschuss zur GKV beizubehalten und den Mehrwertsteuersatz für Arzneimittel und medizinische Hilfsmittel zu halbieren. Eine Anhebung der Mehrwertsteuer, die im Gesundheitsbereich ca. 800 Millionen Euro Mehrausgaben verursachen würde, sollte daher unterbleiben.

## **6. Allgemeine Versicherungspflicht für alle**

Wir begrüßen die Absicht der Regierungskoalition, künftig für alle Bürger einen gesetzlichen Krankenversicherungsschutz zu ermöglichen. Durch die Einbeziehung Selbständiger, freiberuflich Tätiger und Beamter in die GKV sollte schrittweise eine allgemeine Versicherungspflicht für alle geschaffen werden. Um einen Ausstieg von Beziehern hoher Einkommen aus der GKV zu verhindern, sollte die Versichertenpflichtgrenze künftig aufgehoben werden. Wir sind dafür, dass die Vergütung der medizinischen Leistung entspricht und nicht mehr davon abhängt, in welcher Kasse – gesetzlich oder privat – der Einzelne versichert ist. Durch die Einführung eines morbiditäts-orientierten Risikostrukturausgleichs für alle Kassen soll der Wettbewerb um die besten Versorgungsleistungen auf eine gerechte Grundlage gestellt werden.

## **7. Ärztliche Versorgung in den neuen Ländern sichern**

Wir unterstützen alle Bemühungen, die ärztliche Versorgung in den neuen Ländern zu sichern. Notwendig sind eine bessere finanzielle Absicherung der ambulanten Versorgung, die Förderung regionaler Netzwerke für die gesundheitliche Versorgung und eine ärztliche Vergütung, die Altersstruktur und Gesundheitszustand der Bevölkerung besser berücksichtigen.

Die Volkssolidarität hat eigene Vorschläge vorgelegt, um eine solidarisch finanzierte, organisierte und leistungsfähige gesetzliche Krankenversicherung durch die Einführung einer Bürgerversicherung zu stärken. Die Chancen für einen solchen Weg sollten auch im Rahmen einer „Gesundheitsreform 2006“ bewahrt werden.